



PB No 2 / HU

Dublin, 27. April 1992

IRLAND - Schlussbericht

Die vergangenen fünf Jahre waren für Irland eine recht bewegte Zeit. Sie ist charakterisiert durch die letzte "Haughey-Aera", durch Parlamentswahlen und die Wahl einer fortschrittlichen Präsidentin, durch einen merklichen wirtschaftlichen Aufschwung, durch eine erfolgreiche EG-Präsidentschaft, aber auch durch eine Reihe von Wirtschaftsskandalen, durch weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit und massive Auswanderung, durch den spektakulären Sturz Charly Haughey's und nunmehr durch den Beginn eines chaotischen Abstimmungskampf um die Ratifizierung des Maastrichter Abkommens über die Europäische Union. Die Stadt Dublin feierte von fünf Jahren ihren tausendsten Geburtstag und übernahm letztes Jahr die Rolle der Kulturhauptstadt Europas.

Irland ist ein Land, das man auf Anhieb ohne grosse Schwierigkeiten zu verstehen wähnt. Die Iren sind überaus kontaktfreudig, freundlich, gesprächig und grossartige Erzähler. Ein lebenswürdiges, gastfreundliches und zugängliches Volk, das gerne über sich und die Probleme des Landes spricht. Die Iren sind rührend dankbar, wenn sie spüren, dass man sie schätzt, und überaus grosszügig, wenn man ihre Freundschaft gewinnt; aber schwierig und kratzbürstig, wenn man versucht, sie herumzukommandieren. Symptome eines Volkes, das durch Jahrhunderte das Joch der Fremdherrschaft trug (und die von protestantischem Eifer angetriebenen englischen Kolonisten dürften härtere und grausamere Herrscher im katholischen Irland gewesen sein als etwa im heidnischen Afrika.) - Zudem sind die Iren ein uraltes Kulturvolk mit ausgeprägt mediterranen Zügen.

In der Tat ist aber die "grüne Insel" ein Land voller Rätsel und Gegensätze. Ein Volk, mit verschiedenen Seelen wie Dublin, wo im Süden des Flusses Liffey die wohlhabende und kultivierte Oberschicht wohnt, wo es hübsche Boutiquen, grosse Buchhandlungen, zahlreiche Kunstgalerien, gute Hotels und Restaurants gibt, während sich im Norden die verwahrlosten - und gefährlichen ! - Quartiere befinden, wo u.a. Arbeitslose, Drogensüchtige, jugendliche "Joyriders", brutale Kriminelle hausen. Ein Film wie der international prämierte Streifen "The Commitments" zeigt dieses Milieu. Aber auch in der Literatur, die nach wie vor von hoher Qualität ist, finden sich Milieuschilderungen, die an schwarzer Trostlosigkeit kaum zu überbieten sind. Irgendwie scheint der Humor der grossen Klassiker O'Flaherty, O'Connor etc. verloren gegangen zu sein. In der darstellenden Kunst finden sich ebenfalls, neben expressionistischen Landschaften, subtilen Abstraktionen und gehaltvollem Surrealismus, äusserst zerquälte Bilder, die von den Abgründen in der irischen Seele zeugen. Das erinnert daran, dass die Terroristen vom Norden auch in der Republik Unterschlupf finden und Waffenlager haben, auch wenn das Morden



der IRA hier allgemein verdammt wird und man von der blutigen Tragödie, die sich in Nordirland abspielt, hier kaum etwas spürt.

*

Will man die irische Innenpolitik verstehen, muss man die Kategorien, welche die traditionellen Parteilandschaften Europe prägen, vergessen. Nur die politische Linke, eine sehr gemässigte Labour-Partei und ein seit kurzem gespaltenen linker Flügel, ursprünglich marxistisch-leninistischem Schema folgend, sowie die "Grünen" vertreten die üblichen ideologischen Färbungen. Die beiden grössten Parteien aber - Fianna Fail und Fine Gael - haben ihre Wurzeln in den Wirren, die zu Irlands Unabhängigkeit und gleichzeitig Spaltung in einen britischen Norden und die Republik im Süden führten. Der einen oder andern dieser Parteien, deren Programme sich zum Verwechseln ähnlich sind, gehört man viel mehr aus Familientradition denn aus ideologischer Ueberzeugung an. Fianna Fail (auf Deutsch: "die Soldaten des Schicksals") bezeichnet sich denn auch als eine nationale Bewegung und nicht als eine Partei. Sie erhebt den Anspruch, recht eigentlich die irische Identität zu verkörpern (und damit zu alleinigen Regierungsbildung prädestiniert zu sein). Deswegen war es denn auch für Fianna Fail eine kaum zu ertragende Katastrophe, beinahe eine Selbstaufgabe, als sie nach den letzten Wahlen (1989) in eine Koalition mit den (liberalen) "Progressiven Demokraten" (die sich einige Jahre zuvor von Fianna Fail abgespalten hatten!) gezwungen wurde. - Mit andern Worten: die politischen Auseinandersetzungen tragen hier mehr die Züge eines Kampfes zwischen feindlichen Clans als einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen politischen Weltanschauungen. Und so folgt denn hier die Politik nicht immer rationalen Bahnen. Das wird noch verstärkt durch den Anspruch der katholischen Kirche, sich in politische und gesellschaftliche Händel einzumischen. Das Machtwort der katholischen Kirche wiegt nach wie vor sehr schwer, auch wenn die Iren - ein von Grund auf gläubiges und frommes Volk - dieser Einflussnahme und dem Konservatismus dieser Kirche in zunehmendem Masse kritisch gegenüberstehen.

Nur wenn man sich diesem äusserst komplexen Charakter der politischen Gegebenheiten Irlands vergegenwärtigt, kann man das Drama verstehen, das sich derzeit um die Ratifizierung des Abkommens von Maastricht abspielt. Wie diese Botschaft schon berichtet hat, wurde diese nunmehr völlig verhedderte Situation geschaffen durch den Fall eines vierzehnjährigen Mädchens, dem auf Grund eines Verfassungsartikels (Art. 40.3.3) verboten wurde, nach England auszureisen und dort die Frucht einer Vergewaltigung abtreiben zu lassen. Die Eltern appellierten an den "Supreme Court", der schliesslich entschied, dem Mädchen, unter Berücksichtigung von dessen Selbstmordabsichten, Ausreise und klinischen Eingriff zu gestatten. Nun muss man wissen, dass 1983 einer äusserst bitterer Abstimmungskampf um den Verfassungsartikel 40.3.3. geführt wurde und dass dieser Gegenstand eines Zusatzprotokolls zum Abkommen von Maastricht ist. Deshalb überschattet nunmehr eine erneut entflammte, die Emotionen von 1983 wieder heraufbeschwörende Debatte um das Problem der Abtreibung und das Recht auf freie Ausreise (mindestens 5000 junge Frauen reisen jährlich in eine Abtreibungsklinik nach England!), den Abstimmungskampf um das Maastrichter Abkommen. Die Regierung bemüht sich verzweifelt, die Debatte auf die eigentliche Fragestellung des Referendums

zurückzuführen und hat deshalb eine zweite Abstimmung über eine Revision von Art. 40.3.3 angekündigt. Diese soll im Spätherbst stattfinden. Vorüber dann genau abgestimmt worden soll, ist noch nicht bekannt. Bis jetzt zeigen die Bemühungen der Regierung wenig Erfolg. So erscheint denn zur Zeit der Ausgang des schon am 18. Juni erfolgenden Urnenganges über Maastricht recht ungewiss, obgleich man annehmen darf, dass schliesslich die wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens den Ausschlag geben und sich gegen jene Kreise durchsetzen dürften, die sich dagegen sträuben, dass "Irlands ungeborene Kinder für ein europäisches Linsengericht verschachert werden". Schliesslich darf man auch nicht vergessen, dass Irland von anderthalb Jahren eine Präsidentin gewählt hat, die Aufgeschlossenheit und Fortschritt personifiziert.

Die ganze Problematik ist von der erst kürzlich neu gebildeten Regierung nicht sehr geschickt behandelt worden. So scheint es kaum sehr klug, mit einem möglichen Verlust von 6 Milliarden Pfund an Subventionen aus dem Strukturfonds zu drohen, solange eine entsprechend massive Aufstockung dieses Fonds keineswegs gesichert ist. Der neue Taoiseach, Albert Reynolds, hat allerdings insofern einen sehr schwierigen Stand, als seine Partei in der Abtreibungsfrage gespalten ist und das anfänglich von der Opposition vorgeschlagene gemeinsame Vorgehen am üblichen Parteigezänk gescheitert ist. In der Folge sind nun auch innerhalb der Regierung selbst Spannungen aufgetreten, die möglicherweise gar zu einer Regierungskrise und damit zu Neuwahlen führen könnten. In den kommenden Monaten dürfte also das politische Geschehen in Irland recht spannend werden!

*

Letzte Woche hat die Regierung das schon lange verbrochene "Weissbuch" über die "Europäische Union" vorgelegt und damit offiziell den Abstimmungskampf über Maastricht eröffnet, wofür nun nicht einmal zwei Monate zur Verfügung stehen. Ein Thema, das in diesem Zusammenhang ebenfalls diskutiert werden dürfte, ist die irische Neutralität. Ursprünglich war sie eine Neutralität gegen England, Ausdruck der irischen Unabhängigkeit. Man wollte mit der ehemaligen Kolonialmacht (trotz amerikanischem Druck) weder in den Zweiten Weltkrieg ziehen noch anschliessend neben ihr in der NATO sitzen. Immerhin wiesen die verschiedenen Regierungen seit dem Beitritt Irlands zur EWG immer wieder darauf hin, dass Irland sich nötigenfalls der Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft nicht werde entziehen können. Das ist auch die Haltung der heutigen Regierung, wenn sie auch versucht, sich möglichst lange einer derartigen offiziellen Verpflichtung zu entziehen. Daneben gibt es Kreise, die klar die Meinung vertreten, die irische Neutralität habe spätestens seit dem Zusammenbruch der Sovietunion ausgedient. Sie war ja nie mehr als eine Praktik gewesen. Andererseits gibt es innerhalb der politischen Linken (inkl. der Grünen) eine starke Tendenz, die Neutralität als eine besondere Tugend und als eigentlichen Ausdruck eines friedliebenden Volks auf alle Fälle zu bewahren und keinesfalls auf dem Alter schnöder wirtschaftlicher Vorteile zu opfern.

Als äusserst zentralistisch organisierter Staat (ehemalige Kolonialvölker haben bekanntlich die Tendenz, die Verwaltungsstrukturen der Kolonialmacht nicht nur zu übernehmen, sondern noch zu übersteigern!) kennt Irland selbstverständlich die Probleme,

- 4 -

welche die Europäische Union einem föderalistischen Staat stellt, nicht.

Im übrigen hat die EG-Mitgliedschaft nicht nur wirtschaftliche Vorteile gebracht. Sie hat Irland auch erlaubt, sich aus der ökonomischen und politischen Umklammerung durch England weitgehend zu lösen und gleichzeitig seine Aussenpolitik in jene der Gemeinschaft einzubetten.

Eine Problematik wird durch diese Entwicklung bis jetzt allerdings nicht abgeschirmt: das tragische Geschehen in Nordirland - auch wenn offiziell immer wieder verkündet wird, mit der Europäischen Union werde auch die Grenze zu Nordirland verschwinden und somit die dortigen Probleme sich quasi von selbst lösen. Das ist natürlich eine Illusion. - Demnächst sollen die Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien Nordirlands wieder aufgenommen werden. Ob sie zu einer Lösung des Konflikts führen werden, scheint mir höchst ungewiss. Denn nirgends ist zur Zeit eine klare Vorstellung vorhanden, wie eine mögliche Lösung aussehen könnte, noch zeigt sich ein politischer Wille, eine solche Lösung zu realisieren, noch eine echte Bereitschaft, zu Gunsten einer Lösung eigene Positionen und Interessen aufzugeben.

*

Die Beziehungen zwischen Irland und der Schweiz stellen keine Probleme. Es gibt keine Reibungsflächen. Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich stetig, wenn auch nicht spektakulär. Die Schweiz ist ein recht guter Kunde Irlands, der zwölfte gemäss den Statistiken, der rund drei Mal mehr Waren aus Irland bezieht als er liefert. Die vor rund drei Jahren gegründete "Swiss-Irish Business Association" entwickelt sich langsam aber stetig zu einem brauchbaren Instrument wirtschaftlicher Beziehungen. Die Zahl der Schweizer Touristen, die in Irland "andere Ferien" machen wollen, nimmt recht beträchtlich zu, so dass "Swissair" möglicherweise doch gelegentlich ihre Flugverbindung mit Irland wieder aufnehmen wird. Die in Irland niedergelassenen Schweizer Firmen (ca. 40) sind mit ihren Umsätzen allgemein zufrieden. Sandoz baut eine Fabrik in der Nähe von Cork, nachdem die Widerstände der Umweltschützer überwunden werden konnten. Swissair ist zusammen mit Lufthansa und GPA (dem grössten Flugzeug-Leasing Unternehmen) im Aufbau einer grossen Flugzeugunterhalt-Werkstätte in Shannon engagiert.

Leider hat die offizielle Schweiz - und vor allem unser Departement - immer noch nicht realisiert, dass Irland im Hinblick auf einen Beitritt zur EG ein potentieller Partner ist, dem bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollten. Irland ist ein Land, das auf freundschaftliche Gesten äusserst positiv reagiert. Meine persönliche Erfahrung hat mir das eindeutig bestätigt. Aber bis jetzt hat es erst ein einziges Mal ein Bundesrat für nötig erachtet, Irland einen Besuch abzustatten - allerdings nur für einige wenige Stunden! Unsere EFTA-Partner sind uns da um viele Längen voraus. - Der neutrale EG-Staat Irland verdiente es, von uns aufmerksamer behandelt zu werden. In unseren eigenen Interesse!

Ch. Hummel